

Calmer Calwblatt

Nr. 24.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Verkaufspreis: 5mal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile Nr. 1.—
Verkauf Nr. 3.— Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.— Fernspr. 9.

Montag, den 30. Januar 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Nr. 24.— vierteljährlich, Postbezugs-
preis Nr. 24.— mit Beleggeld. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Nach der Annahme des Steuerkompromisses durch den Reichstag hat die deutsche Regierung nun den von der Entente gewünschten Reform- und Garantieplan der Reparationskommission übergeben. Aus der Uebersicht geht hervor, daß der deutsche Steuerzahler bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit belastet ist, und daß die gewünschte Balancierung der Etats der Reichsbetriebe mehr als genug durchgeführt ist. Vor allem aber weist die deutsche Regierung darauf hin, daß nur eine durchgreifende gesunde Regelung der Reparationsleistungen eine Wiedergesundung der europäischen Wirtschaft zu gewährleisten vermöge.

Der deutsche Vorschlag zur Regelung der Reparationsfrage.

Die Note über den Reform- und Garantieplan.

Berlin, 28. Jan. Der Reparationskommission wurde heute die Antwort der deutschen Regierung auf die in Cannes getroffene Entscheidung vom 13. Januar übergeben. Die Antwortnote enthält, wie verlangt, ein Reformprogramm für den Haushalt und den Noten- und Wechselverkehr im Kalenderjahr 1922. Vier Anlagen mit eingehendem Tatsachenmaterial über das deutsche Steuersystem, Etat, Abbau der Lebensmittelzuschüsse und Reform von Post und Eisenbahn sind beigefügt. Das Reformprogramm behandelt nacheinander die Maßnahmen zur Vermehrung der Einnahmen, Beschränkung der Ausgaben und Einschränkung der schwebenden Schuld und des Noten- und Wechselverkehrs wie folgt:

Die alliierten Sachverständigen auf der Brüsseler Konferenz im Dezember 1920 erkannten an, daß die deutsche direkte Besteuerung keiner weiteren Steigerung mehr fähig ist. Gleichwohl wird durch die dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwürfe (Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuer, Kapitalsteuer, Verlehrssteuer, Körperschaftsteuer) die direkte Besteuerung erneut erhöht, sodaß vielfach ein Eingriff in die Vermögenssubstanz nötig ist. Die Erhöhungen der Umsatzsteuer von 1½ auf 2 Proz. und der Kohlensteuer von 20 Proz. auf 40 Proz. belasten Produktion und Verbrauch im Voraus. Ebenso sollen wichtige Zölle und Verbrauchssteuern erhöht werden, die Zölle sollen auf wirklicher Goldbasis erhoben werden. Die Gesamtbelastung des Verbrauchs ist der indirekten Besteuerung anderer Länder mindestens gleich. In der Anlage wird die deutsche Steuerbelastung von 31 bezw. 23 Prozent gegenüber 14 bezw. 15, bezw. 16½ der französischen vom Einkommen angegeben. Unter den energischen Maßnahmen gegen die Kapital- und Steuerflucht wird die Aufhebung des Bankgeheimnisses, die Ueberwachung des Wertpapierbesitzes bei den Banken durch die Steuerbehörden, besonders hervor- gehoben. Die Tarife sind gegenüber der Vorkriegszeit wie folgt erhöht: Eisenbahnpersonenverkehr 19fach, Güterverkehr 32fach, Post, Telegraphen 21fach, Zuschüsse für Lebensmittelverbilligung werden im Jahre 1922 nur noch eine Milliarde Papiermark gegenüber bisher 22,5 Milliarden betragen. Der Brotpreis wird demnächst erneut um 75 Prozent erhöht. Statt der Erwerbslosenunterstützung wird eine Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeführt. Die außerordentlichen Ausgaben der Post und der Eisenbahn betragen nur ein Drittel vom Hundert des Anlage- werts gegenüber 3 Prozent in der Vorkriegszeit. Der ordentliche Etat weist mit 103,2 Milliarden Einnahmen und 86,7 Milliarden Ausgaben einen Ueberschuß von 16½ Milliarden auf, die für die Reparationen usw. zur Verfügung stehen. Zwecks Einschränkung der schwebenden Schuld wird die Reichsregierung 1922 trotz des Mißerfolges der Sparprämienanleihe von 1919 erneut eine innere Anleihe versuchen. Ein Erfolg ist erst zu erwarten, wenn feststeht, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles den Dienst nicht beeinträchtigen können. Unabhängig davon ist die im Steuerkompromiß vorgesehene Zwangsanleihe, die aber nur eine äußerste, nicht zu wiederholende Maßnahme darstellt, um die Reparationsleistungen für 1922 möglichst ohne Notenpresse finanzieren zu können. Die Autonomie der Reichsbank wird gesetzlich sichergestellt. Die Befugnis des Reichskanzlers zu Eingriffen in die geschäftliche Leitung wird beseitigt. Die Wirtschafts- und Finanzstatistik wird in gleicher Weise wie vor dem Kriege veröffentlicht werden.

Das Reformprogramm gewährleistet die Deckung der inneren Zahlungsverpflichtung, jedoch nicht die gesunde Finanzierung der Reparationsleistungen, da die Reichseinnahmen nur Papiergeld bringen. Die Note verweist auf die Ausführungen Rathenaus in Cannes über die Gründe des Marksturzes und die Unmöglichkeit, trotz höchster Kraftanstrengung zur Zeit Reparationsleistungen aufzubringen.

Deutschland besitzt außer Kohlen nur noch wenig Rohstoffe. Die Produktivität der Landwirtschaft ist erheblich zurückgegangen. Der jährliche Einfuhrbedarf an unentbehrlichen Rohstoffen und Lebensmitteln beträgt je 2½ Milliarden Goldmark. Die Ausfuhr von 10 Milliarden Goldmark im Jahre 1913 ist auf rund 4 Milliarden, also unter Berücksichtigung allgemeiner Steigerung der Weltmarktpreise auf etwa ein Viertel gefallen. Die Zahlungsbilanz mit rund 2 Milliarden ist passiv. Jede erhebliche Devisenzahlung bringt eine neue Erschütterung des Marktkurses, vermehrt die Inflation und schwächt Deutschlands Fähigkeit zur Reparation immer mehr. Bei der wirtschaftlichen Betrachtung des Reparationsproblems ist daher das Ergebnis, daß es unbedingt erforderlich ist, Deutschland mindestens für 1922 von allen Reparationsleistungen in bar zu befreien. Die deutsche Regierung erkennt jedoch an, daß die schwersten Bedenken für die deutsche Wirtschaft und die Finanz hinter den politischen Notwendigkeiten zurückzustellen sind. Sie verweist ausdrücklich auf die ihr bekannten Ziffern von 720 Millionen Goldmark Barzahlungen und 1450 Millionen Goldmark Sachleistungen, die von den Alliierten in Cannes in Erwägung gezogen sind. Sie bittet, die Barzahlungen, nötigenfalls unter Erhöhung der Sachleistungen, niedriger festzusetzen, schlägt aber ohne Rücksicht auf die Höhe der Festsetzung auf Grund der Vorbereitungen in Cannes verschiedene Einzelheiten für die Durchführung der Lieferungen vor. U. a. sollen die Befugnisse auf die Gesamtleistungen von 1922 verrechnet und sonstige Verpflichtungen in fremder Währung aus dem Friedensvertrag, insbesondere im Clearingverkehr ermäßigt werden.

Deutschland gibt ferner erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften an der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete mitzuwirken. In diesem Geiste ist das Wiesbadener Abkommen abgeschlossen worden. Deutschland ist bereit, auch mit anderen Alliierten Abkommen über Sachleistungen abzuschließen. Der Schluß der Note weist auf die Erfahrung hin, daß monatlich oder vierteljährlich wiederkehrende Zahlungen fremder Währung die Leistungsfähigkeit Deutschlands empfindlich schädigen und eine völlige Ordnung der Finanzen verhindern. Eine wirkliche Reparationsfähigkeit ohne Inanspruchnahme inländischen und ausländischen Kredits zur Durchführung der Finanzoperationen großen Stils ist nicht denkbar. Die Wiederherstellung des Vertrauens der Welt in Deutschlands Zahlungsfähigkeit ist die Vorbedingung für eine umfassende Durchführung der Reparationen. Die deutsche Regierung ist daher der Auffassung, daß die Erhebung der Reparationen für 1922 nur ein erster Schritt auf dem Wege zur Lösung des Finanzproblems ist. Wird dieses nicht in Angriff genommen, so wird die Ungewißheit über die Leistungen im Jahre 1923 auch auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage der alliierten Länder einen lähmenden Druck ausüben. Die deutsche Regierung bittet die Reparationskommission, die Schlusshandlungen besonders zu beachten, damit der Weg der Wiederherstellung des deutschen Kredits im In- und Auslande gefunden und eine große Reparationsanleihe und ein internationales Zusammenwirken möglich gemacht werden können.

Eine französische Stimme zu dem deutschen Vorschlag.

Paris, 30. Jan. Der „Temps“ bespricht gestern Abend den Inhalt der deutschen Vorschläge und sagt, die Änderungen, die man erhalten habe, legten den Beweis dafür ab, daß die deutsche Antwort eine reifliche Ueberlegung verdiene. Das sei übrigens kein Grund, die von der deutschen Regierung und von den Führern der Mehrheit gemachten Anstrengungen zu verkennen. Man könne sich denken, welche politischen Schwierigkeiten hätten überwunden werden müssen. Das Blatt behauptet, wenn es auf die finanziellen und sozialen Schwierigkeiten hinweise, die noch vorhanden seien, so tue es dies in der Hoffnung, daß sie ebenfalls überwunden werden könnten. Trotz der Schwierigkeiten dürfe man aber nicht vergessen, daß sich schon Symptome der Wiedererhebung in Deutschland zeigten. Das Blatt schließt dies aus der preussischen Erntestatistik für das Jahr 1921 und aus gewissen Veröffentlichungen der deutschen Reichseisenbahn. Damit aber Deutschland prosperiere, sei es immerhin noch notwendig, daß durch eine große internationale Operation seine Hilfsquellen erschlossen würden, damit seine Gläubiger ihm Zeit lassen könnten. Das habe die deutsche Regierung begriffen, denn in ihrer Antwort spreche sie von einer internationalen Anleihe. Wer muß diese Anleihe fast vollständig zeichnen? fragt das Blatt. Die Länder selbst, die auf dem Weltmarkt die Hauptkonkurrenten Deutschlands sind. Das sei vielleicht bei dem Reparationsproblem die einzige aller Schwierigkeiten. Der wahre Interessenskonflikt liege nicht zwischen Deutschland und seinem Hauptgläubiger, also Frankreich, sondern zwischen Deutschland und seinen eventuellen Geldgebern. — Der Schlußsatz ist etwas plump; er soll wohl die Antwort auf die angelsächsische Stimmungsmache gegen Frankreich sein.

Zur auswärtigen Lage.

Zusammenkunft der Ententemächter.

Paris, 30. Jan. Der italienische Außenminister Marchese della Torretta wird heute von Rom nach Paris abreisen, wo er Dienstag eintreffen wird. Lord Curzon, der englische Außenminister, wird ebenfalls am Dienstag in Paris erwartet. Die Konferenz der drei Außenminister von Frankreich, Großbritannien und Italien wird Mittwoch, den 1. Februar, unter dem Vorsitz Poincarés eröffnet. — Es dürfte sich wohl um die geplanten Bündnisverhandlungen handeln.

Um das englisch-französische Bündnis.

London, 28. Jan. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, wie vorauszusehen gewesen sei, sei die öffentliche Meinung Englands im großen und ganzen bereit, dem Vorschlag Poincarés betreffend eine Dauer von 15 bis 20 Jahren für den Schutzvertrag beizutreten. Ebenso stehe man dem Erlaßen Frankreichs, wonach dem Pakt der Charakter der Gegenseitigkeit gegeben werden soll, günstig gegenüber. Indessen wolle man nicht, daß der endgültige Text des Dokuments zu weit von dem in Cannes ausgearbeiteten abweichen und die Vorbereitung einer längeren Militärkonvention bilde. Der Berichterstatter fügt hinzu, er höre, daß Poincaré seine ursprüngliche Absicht, eine Konvention zu verlangen, in der die Stärke der Streitkräfte beider Länder festgesetzt werde, nicht weiter betreibe. Indessen scheine der französische Ministerpräsident noch immer eine Art von militärischer Zusammenarbeit zwischen beiden Generalstäben zu wünschen, was, dem Berichterstatter zufolge, im gegenwärtigen Zeitpunkt zwecklos, auf jeden Fall aber verfrüht sei.

Die französische Propaganda im „Völker“-Bund.

Paris, 30. Jan. Die französische Vereinigung für den Völkerbund hielt gestern ihre Generalversammlung ab. Dabei sprach der französische Delegierte beim Völkerbund, Abgeordneter Noblet, über die Arbeiten des Völkerbunds im Jahre 1921. Er sagte: Stehen nicht dem Völkerbund, der geschaffen wurde, um alle Mächte zu vereinen, heute noch drei der größten Weltmächte fern? Solange an diesem Beratungskörperschaft besonders diese drei wichtigen Plätze leer bleiben, werden die Fundamente des Gebäudes unsicher sein. Solange der Frieden in Europa, im Orient und in der ganzen Welt nicht geschlossen ist, solange insbesondere der französisch-deutsche Frieden nicht über die Theorie und den Buchstaben hinausgegangen, solange — um deutlich zu reden — Deutschland sich nicht für besieg erklärt und abgerüstet hat, solange seine Zahlungen nicht gewährleistet sind, wird der Völkerbund und werden vielleicht wir selbst nur zu oft auf losem Sande schreiten. Mehr noch denn je wird der Völkerbund, um der Welt den Frieden zu erhalten, neben dem Obersten Rat und neben der Vorkonferenz stehen müssen. — Man sieht, mit welchen ebenso unerschämten wie heuchlerischen Redensarten die französische Propaganda gegen Deutschland fortgesetzt wird.

Ein französisches Dementi.

Brüssel, 27. Jan. Die Agence Belge meldet, die Nachricht, Briand habe in Cannes Lloyd George von einer Uebereinkunft Kenntnis gegeben, durch die Frankreich und Belgien sich verpflichteten, die Errichtung einer unabhängigen rheinischen Republik zu begünstigen, werde für vollkommen unbegründet erklärt. — Wenn die Belgier diese Nachricht für unbegründet erklären, dann müssen wir das natürlich als Deutsche unbedingt glauben.

Die rumänisch-südslawischen Bündnisverhandlungen.

Bukarest, 28. Jan. Die rumänisch-serbische Grenzkommission in Temesvar hat die Grenze zwischen Rumänien und Jugoslawien endgültig festgesetzt. Bis auf die Gemeinden Corda, Beba und Pestakrestu, die Rumänien zugeteilt wurden, und Gajul, Surianal und Krivabara, die an Jugoslawien fallen, bleibt die Grenze so, wie sie durch den Vertrag von Belgrad festgelegt worden war. — Der Prinzthronfolger Karl reist mit der Prinzessin Helene am Sonntag nach Athen. Er wird von dem griechischen General Dufmanis begleitet sein.

Das russische Wiederaufbauprogramm.

Moskau, 27. Jan. In einer Unterredung über die Beteiligung ungarischer Kapitalisten an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands erklärte der Vorsitzende des Obersten Wirtschaftsrates, Bogdanow, daß für die Großindustrie die Heranziehung ausländischen Kapitals notwendig sein werde. Sogar zur Durchführung des Produktionsprogramms für 1922 sei die Heranziehung ausländischen Kapitals in Form von Rohstoffen, Werkzeugen und Lebensmitteln notwendig. Die Heranziehung ausländischen Kapitals werde in folgender Form geplant: 1. In Form von Kreditgewährung durch ausländische Banken oder Konzortien zur Bezahlung russischer Bestellungen, 2. Aufnahme einer Anleihe unter Vermittlung der

sgt. Calw
ationalen Jugend
s 8 Uhr
ein
rtrag
ann statt übers
kreuzer
de“.
Mitglieder werden
Der Auschuß
rsau
indet die
1922 aufgeführten
orgruppen
ritt: Erwachsene
öffnung 4 1/2 Uhr.
der Turnrat.
belsberg
s. Wts.
Hirsch
Tanz-
haltung
ab
Auschuß.
ebenzell.
annar, findet im
Neuhengstett
galtung
den wird.
eginn 3 Uhr
er Vorstand.
nzüge
gute
wert
Calw
Babstraße
lle
von
se
s
ojen
Kanin etc.
zu höchsten
preisen da
verarbeitung.
Schrempf
nermeister,
eim
Fein p. 877
noch neue
ttstelle,
är-Bieise
Systin, Hirsau.
Biehof.

